



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Fitger, Emil: Die neue Armada - gegen Japan

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die neue Armada — gegen Japan



as einst Philipp ausandte, um das Reich Elisabeths zu unterjochen, das war an Schlachtgewalt verschwindend im Vergleich zu der Panzerflotte, die jetzt auf Befehl des nordamerikanischen Bundespräsidenten aus dem Atlantischen nach dem Stillen Ozean schwimmt, um Amerikas Westküste zu decken und seine ostasiatischen Interessen zu vertreten. Aber im Vergleich zu dem zu erwartenden Feinde war die spanische Armada wohl noch übermächtiger als die heutige amerikanische Flotte über ihre vermutliche Gegnerin. Die Panzerflotte unter dem Sternbanner ist die gewaltigste schwimmende Macht, die jemals auf eine ähnliche Weltreise gesandt worden ist. Sie hat nur ein einziges Seitenstück; das war Koschbiestwensky's Flotte. Auch deren Kiele waren gegen die junge ostasiatische Großmacht gerichtet. Auch auf ihrer Seite schien eine große Überlegenheit zu sein. Und doch rostet sie längst auf dem Boden der Straße von Korea, soweit sie nicht dazu dient, die Flotte des Siegers zu verstärken. Nach menschlichem Ermessen ist das Übergewicht auf amerikanischer Seite allerdings größer und solider. Doch wenn schon jeder Kampf zu Lande etwas unberechenbares an sich hat, so gilt das von einem solchen zur See noch weit mehr. Das Element selber kann zur Ursache der überraschendsten Wendungen werden.

Die Flotte des Admirals Evans ist nicht auf einer Kriegsfahrt. Noch herrscht tiefer Friede. Es ist auch möglich, daß dieser ungestört bleibt; möglich, daß gerade die Verlegung der amerikanischen Flottenmacht nach dem fernen Westen den Frieden erhält. Cave, adsum, so könnte die Inschrift ihres Wimpels lauten; die Anrede würde sich allerdings an Japan richten. Einen kriegerischen Auftrag hat der Befehlshaber sicherlich nicht; noch nicht, und vielleicht erhält er auch keinen. Eroberungen zu machen kann nicht im Plane der heutigen amerikanischen Politik liegen. Die Vereinigten Staaten haben im Stillen Ozean alles, was ihr Herz begehren kann, wenigstens auf seiner asiatisch-australischen Seite. Man rechnet gewöhnlich nur Hawaii und die Philippinen. Auch das wären schon Besitzungen von der größten Bedeutung: die vortreffliche Station

halbwegs zwischen San Franzisko und Jokohama und sodann eine fruchtbare Inselwelt vor den Küsten Hinterindiens und Südchinas. Man bedenkt nicht immer, daß auch noch Tutuila, die beste der Samoainseln, wenigstens die mit den besten Häfen, und Guam, die beste der Marianen, hinzukommen. Das sind Stationen, soviel die Amerikaner brauchen. Nach Eroberungen kann ihnen der Sinn nicht stehn. Etwas ganz andres ist es aber, ob sich die große Republik genötigt sehen kann, einen Angriff abzuwehren oder auch in politischer Defensiv zu einer strategischen Offensiv überzugehen. Jedenfalls ist die Annahme von den Manöverzwecken ein Märlein geblieben. Man spielte einige Monate mit ihm, um nicht immer zugeben zu müssen, daß die Besorgnis vor einem japanischen Angriff den Anlaß zu der Verlegung der Seemacht gegeben habe. Aber in Wahrheit schickt kein Staat sozusagen seine ganze Flotte auf eine Manöverfahrt, von der er sie innerhalb sechs Monaten nicht zurückberufen kann, es sei denn, er habe die durchschlagendsten Gründe dafür.

Wir haben an dieser Stelle (Grenzboten 1907, Heft 1) den großen Gegensatz geschildert, in den Japan zu den europäischen Bewohnern Amerikas und Australiens geradezu treten muß. Japan kann als die Vorhut der 750 Millionen Seelen umfassenden Völker Süd- und Ostasiens angesehen werden, die dort dicht gedrängt sitzen und deshalb der Armut ausgeliefert sind. Denn soweit ihr Boden fruchtbar ist, ist er schon übermäßig besiedelt. Jetzt haben sie, namentlich Japan, die weit günstigeren Bedingungen kennen gelernt, unter denen die Völker der kaukasischen Rasse leben. Sie wollen ihnen nach-eifern und sehen auch fruchtbare Länder genug vor sich, die noch dünn besiedelt sind: ganz Westamerika, ganz Australien. Sie möchten gern Anteil daran haben, keinen politischen, nein nur wirtschaftlichen, und indem sie sich den Herrenvölkern kaukasischer Rasse willig unterwerfen. Sie wollen arbeiten, dienen, bescheiden leben, sparen. Aber man weist sie überall mit Schärfe zurück. Man will sie nicht. Man will keine Lohndrücker, keine Leute, die den Standard of Life herunterkommen lassen. Man fürchtet auch ihre Überzahl.

Es hat nicht an beschwichtigenden Darstellungen gefehlt. Präsident Roosevelt machte in seiner Kongreßbotschaft vom Dezember 1906 den Versuch, den ganzen Gegensatz durch einfache Ableugnung aus der Welt zu schaffen. Das endete mit einem vollständigen Mißerfolg. Kalifornien erinnerte ihn daran, daß er nicht das geringste Recht habe, darüber mitzusprechen, wie dieser Staat sein Schulwesen einrichten wolle, und ob es seine Schulen farbigen Rassen zugänglich mache oder nicht. Anregungen, die Bundesgewalt zu erweitern und auf die Fremdenbehandlung auszudehnen, wurden überall mit Hohn zurückgewiesen. Die Volksstimmung war leidenschaftlich gegen die Farbigen, namentlich im Westen. Man kam mit Mühe zu einem modus vivendi. Japan entschloß sich, seine Auswanderung zu überwachen und in Schranken zu halten, den gewöhnlichen Kulis aber keine Erlaubnis dazu zu gewähren. Bald genug züngelte die Flamme des Fremdenhasses auch in Britisch-Kolumbien auf. Bezeichnend für die Stärke

der Empfindungen dieser Art war es, daß in erster Linie nicht einmal Japaner die Zielscheibe des Massenhasseß waren, sondern Hindus. Untertanen des Königs Eduard wollten in einem andern Teile des Weltreichs landen, um sich dort als friedliche, anspruchslose Arbeiter ihr Brot zu verdienen. Aber die weiße Bevölkerung des Städtchens Vancouver rottete sich zusammen und machte den Farbigen das Landen unmöglich. Die britische Regierung in Ottawa wie auch in London tat nichts weiter, als daß sie freundlich zuriet, die Sache glimpflich zu erledigen. Was konnte sie auch mehr? Sie hat längst die Erfahrung machen müssen, daß die Australier in ihrer Abneigung gegen Farbige gar nicht mit sich reden lassen. Wahrscheinlich würden die Australier eher einen Abfall von England riskieren als sich den Zwang gefallen lassen, Farbige aufzunehmen. Australien sieht mit äußerstem Mißtrauen auf Japan; es fürchtet die pazifische Großmacht. Es drängt mit voller Gewalt auf England, einen größern Teil seiner Kriegsflotte in den australischen Gewässern zu halten, wozu es auch Geldmittel anbietet. England will aber nicht daran; wer mit bezahle, müsse auch das Recht haben, mit zu verfügen. England aber könne seinen entlegnen Tochterstaaten keinen Einfluß auf die Reichspolitik einräumen, es müsse die Entscheidung allein behalten. So kommt man nicht vorwärts. Australien kann natürlich des englischen Schutzes nicht entraten. Allein es sagt, daß es Englands Kriegsmacht nicht mehr brauche, wenn es Japaner zulassen solle; denn um diesen Preis könne es jeden Augenblick Japans Freundschaft haben. Genug, England muß seinen australischen Schutzgebieten das Recht zugestehn, Farbige fernzuhalten. Das hat zur selbstverständlichen Folge, daß England auch den Kanadiern dasselbe Recht nicht versagen kann.

Der Eindruck auf Japan hat natürlich überaus nachteilig sein müssen. Blikartig wurde das beleuchtet durch die Auslassung eines der ersten japanischen Staatsmänner, des Grafen Okuma, der geradezu explosiv gegen England voring. Japan hätte von dieser Seite noch niemals wirklichen Vorteil gehabt. Es müsse sich auf seine eignen Kräfte verlassen und könne das. Er machte sogar eine Anspielung auf Indien. Indien ist lange die Achillesferse der englischen Politik gewesen. Drei, vier Jahrzehnte lang haben die Staatsmänner von Westminster nicht schlafen können, weil Rußland über Zentralasien näher rückte und Eisenbahnen baute, auf denen einst die Heeressäulen der Kosaken kommen konnten. Und diesen fürchtete man nicht genügende Streitkräfte entgegenstellen zu können. Von diesem Alp hat Japans Sieg die Engländer befreit. Rußland ist für absehbare Zeit nicht in der Lage, einen Krieg um Indien zu führen. Vollends seitdem man es durch Auslieferung Nordpersiens befriedigt hat, hält man jede ernste Gefahr in unabsehbare Ferne gerückt. Aber nun droht aus dem Freunde ein Nebenbuhler zu werden. Der Sieg eines asiatischen Volkes über die von den Engländern so sehr gefürchtete europäische Militärmacht hat in Indien Sensation gemacht. In Bengalen wie im Pendschab leben Inder genug, die auf europäischen Hochschulen herangebildet sind und

die Weltverhältnisse übersehen können. Sie verstehen europäische Zeitungen zu lesen, sie wissen, wie schwach die Streitkräfte sind, mit denen England sein riesiges indisches Reich im Zaum hält. Ihr Zukunftsstraum ist: „Indien für die Inder.“ Sie sind fest überzeugt, daß sie einst ein Reich von 300 Millionen Seelen bilden werden, das die Fesseln der europäischen Herrschaft wie Spinnenfäden zerreißt. Ja, die Zukunft scheint ihnen recht nahe zu sein. Die Agitation bezieht sich schon auf die Gegenwart. Sie verlangen dasselbe Recht wie andre britische Kolonien: Selbstverwaltung, ein indisches Parlament, ohne dessen Zustimmung keine Gesetze erlassen werden, keine Steuern erhoben, keine Ausgaben gemacht werden dürfen. Alle Posten in der Zivilverwaltung wie im Heere und der zu schaffenden Flotte sollen nur durch Inder besetzt werden. Unruhen im Sinne dieser Ansichten sind eingetreten und noch leicht unterdrückt worden. Die Richtung der Geister bleibt. Die Inder rechnen auf japanische Hilfe. Auf alle Fälle muß England darauf gefaßt sein, daß die Inder eine etwaige auswärtige Verwicklung benutzen, um sich zu empören. Und daß England darauf rechnet, daß die japanische Flotte auch einmal einen unerwünschten Besuch machen könnte, beweist die Befestigung Singapores.

Japan zweifelt nicht daran, daß es wesentlich auf sich selbst angewiesen sein wird, wenn es je versuchen sollte, das Monopol der kaukasischen Rasse in Amerika und Australien zu brechen. Dennoch hat es mit Genugtuung konstatieren können, daß die öffentliche Meinung Englands — die Regierung hat öffentlich noch nicht gesprochen — den Gedanken zurückgewiesen hat, daß England wegen der Abneigung Westkanadas gegen Farbige gemeinsame Sache mit den Amerikanern machen werde. Newyorker Zeitungen nahmen das als ausgemacht an. Höhnisch verkündeten sie, ein Machtwort Englands an seinen Verbündeten werde diesen in seinen Schranken halten. So weit denkt England denn doch nicht zu gehn. Die Londoner Presse hat der amerikanischen Kollegin sehr deutlich zu verstehen gegeben, die Vereinigten Staaten möchten ihren Streit mit Japan allein erledigen. Für England sei das Bündnis mit Japan eine der Grundsäulen der politischen Lage; es wünsche diese erhalten zu sehen und zweifle nicht, daß es die Differenzen wegen der Einwanderung Farbiger nach Britisch-Kolumbien freundschaftlich werde regeln können. England wünscht also, daß die beiden meistbeteiligten Mächte ihren Zwiespalt ohne sein Zutun zum Austrag bringen. Ihm kann es nur lieb sein, wenn sie sich das Gleichgewicht halten. Träte es auf Japans Seite, so riskierte es nicht nur die Treue Westkanadas sondern einen Verlust seiner sämtlichen kanadischen Besitzungen an die Union. Wendete es sich gegen Japan, so käme die Ruhe Indiens in Gefahr. Überhaupt entspricht es englischen Traditionen, dem Streit zweier andrer zuzusehn, Traditionen, die nicht ohne weiteres verdammt werden können, auch wenn sie wie alle Politik ihren Ursprung im Eigennuß haben.

Präsident Roosevelt sah nicht sobald seine Bemühungen um Beschwichtigung des Rassenhasses in Kalifornien in vollständigem Mißerfolg enden, als er ein

andres Verhalten einschlug. Er mußte sich durch die Gefahr warnen lassen. Die Möglichkeit, Truppenmassen an der amerikanischen Westküste zu landen, mag man nicht allzu hoch anschlagen. Denn wenn auch der umfassende Mittel in Anspruch nehmende Transport gelingen sollte, so wäre doch nur ein Anfangserfolg zu erwarten, da Massen amerikanischer Freiwilliger bald so anschwellen würden, daß die Eindringlinge einen schweren Stand bekämen. Die unbegrenzten Geldmittel der Union fielen für einen solchen Zweck ebenso schwer ins Gewicht wie das „Selbst ist der Mann“ des einzelnen Amerikaners. Viel ernster steht es schon um die Möglichkeit, amerikanische Hafenstädte durch japanische Kriegsschiffe zu zerstören. Mehrere von ihnen, namentlich San Franzisko, sind mit so viel Befestigungen versehen, daß der in der Konferenz im Haag neu festgestellte Grundsatz, daß offene, unverteidigte Häfen nicht beschossen werden dürfen, nicht in Frage kommen kann. Wenn die Vereinigten Staaten keine Machtmittel haben, um solches abzuwehren, so hat Japan immer ein Druckmittel gegen sie in der Hand. Namentlich aber muß man Hawaii und die Philippinen als gefährdet ansehen. In Hawaii leben schon weit mehr als doppelt soviel Japaner wie Weiße. Im Jahre 1900 waren von einer Gesamtzahl von 154 000 Einwohnern 29 834 Eingeborne und 7 835 Mischlinge. Daneben 62 122 Japaner, 25 742 Chinesen und nur 28 533 Weiße. Da fällt es schwer ins Gewicht, wenn die maritime Überlegenheit auf Seiten der Japaner ist, die in acht Tagen weit mehr Truppen landen können als die Amerikaner. Die Sache liegt eben anders als in Kalifornien. Dort können Amerikaner mit der Eisenbahn anlangen; nach Hawaii können beide Nationen nur zu Schiff fahren. Tutuila und Guam können hier außer Beziehung bleiben.

Aber die Philippinen! Mit großer Mühe haben die Amerikaner den Unabhängigkeitsdrang dieser 7,6 Millionen Seelen umfassenden Nation gebrochen. Es ist unbedingt sicher, daß er sich sofort von neuem Luft machen wird, wenn den Amerikanern ein ernstlicher Feind entsteht. In wenigen Tagen können die Japaner so viel Truppen hinüber werfen, daß nicht nur die kleine Besatzung erdrückt wird, sondern daß von einer neuen gewaltsamen Landung keine Rede mehr sein kann. Ob die Filipinos einen guten Tausch machen, wenn sie statt der Yankee's die Japaner zu Protoktoren machen, ist eine andre Frage; für den Augenblick ist kaum etwas andres denkbar, als daß die widerwilligen Untertanen der Amerikaner das Joch abschütteln in der Hoffnung, frei zu werden. Diese haben mancherlei Enttäuschung an ihrem neuen Besitz erlebt, sodaß nicht wenig Stimmen laut werden, die den Verzicht predigen. Das Quäkertum verbindet sich mit dem alten Republikanertum, das dem Imperialismus widerstrebt und in dem bürgerlichen Gemeinwesen ohne Heer und Kriegsflotte wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft das Heil der Nation sieht. Die Vereinigten Staaten müßten fortfahren, alle Kräfte der wirtschaftlichen und bürgerlichen Wohlfahrt zu widmen. Militärische Machtmittel brächten den Ehrgeiz von Generalen empor und damit eine Bedrohung der Republik. Diese

Stimmen kommen zum Teil aus dem eignen Parteilager des Präsidenten, namentlich aber aus dem gegnerischen demokratischen. Daß der Imperialismus alles aufbieten muß, sie zum Schweigen zu bringen, liegt auf der Hand. Wie man auch über diese Tendenz urteilen möge: jetzt leichtfertig auf die für Kultur, Handel und Krieg so wichtige Position vor der Südküste Chinas und am Eingang des Sunda-Archipels verzichten, wäre ein Unding.

Präsident Roosevelt ist die Verkörperung des Imperialismus. Er hat alles aufgeboten, das nordamerikanische Volk dafür zu gewinnen, daß der Friede nur mit Hilfe einer kräftigen Wehrmacht zu Lande und namentlich zu Wasser zu sichern sei. Noch in seiner letzten Kongreßbotschaft vom Dezember 1907 hat er ausgeführt, daß es an Berufssoldaten und Offizieren fehle, während sich die Kadets im Ernstfall schnell genug füllen würden. Die Unterhaltung einer ausreichenden Macht zu Wasser und zu Lande sei die denkbar billigste Versicherung des Friedens. Jeder Krieg habe viel größere Summen gekostet als die Unterhaltung einer angemessenen Macht für eine lange Reihe von Friedensjahren. Er ist es gewesen, der die Schaffung einer ansehnlichen amerikanischen Flotte mit allen Mitteln betrieben und bei seiner Nation den nötigen Anklang gefunden hat. Vor zwei oder drei Jahren stand er am Gestade des Stillen Ozeans, reckte die Hand über die Fluten und sagte, daß eigentlich die Vereinigten Staaten hier die leitende Rolle spielen sollten. Der Gedankengang ist der: alle europäischen Mächte reichen nur mit abgelegnen Kolonien an den Stillen Ozean heran; die Vereinigten Staaten allein grenzen unmittelbar an ihn. Weiter liegt in dem Gedankengang: Japan zählt nicht mit, weil es eine asiatische, mongolische Macht ist.

Nun meldet sich Japan aber doch! Zunächst keineswegs als Prätendent für politische Geltung. Aber Japan will als Kulturnation gerechnet werden. Es hat sich der europäisch-amerikanischen Gesittung erschlossen. Bei sich selber hat es solche Rechtsbürgschaften eingeführt, daß die Exterritorialität der Kaukasier hat aufgegeben werden müssen. Seine Auswanderer unterwerfen sich vollständig den Gesetzen der Länder, wo sie sich niederlassen. Dort gönnt man allen weißen Völkerschaften den Zutritt, nicht nur Nordwesteuropäern und Südeuropäern, sondern auch Russen, die kaum auf so hoher Kulturstufe stehn wie die Japaner. Ferner Juden, die dem Stamme nach von der indo-europäischen Rasse grundverschieden sind. Sogar Kleinasier, Syrer, Tscherkessen läßt man herein. Weshalb nicht Japaner? Ihre Hautfarbe ist ebenso hell wie die der Südeuropäer, Kleinasier und Syrer. Diese Zurücksetzung will sich Japan um so weniger gefallen lassen, als es die Armut seiner Bewohner, die Kleinheit seines Kulturbodens so dringend gebieten, Luft zu machen. Japan hat in keineswegs übermäßiger Weise Ansprüche geltend gemacht. Es hat sogar durch Überwachung der Auswanderung und einstweilige Zurückhaltung von bloßen Kulis seinen guten Willen bekundet, auf amerikanische Wünsche möglichst Rücksicht zu nehmen. Der Gegensatz ist eben im Grunde unüberbrückbar, davon hat sich auch Präsident Roosevelt überzeugen

müssen. Japan hat nur einen einzigen Grund, den Gegensatz einer beschleunigten Abwicklung entgegenzuführen. Das wäre die steigende Macht der amerikanischen Flotte und vollends die Vollendung des Panamakanals. Die Amerikaner werfen sich mit der ihnen eignen Energie auf die Vervollständigung ihrer Seerüstung. Jedes Jahr fügt ihrer Flotte rund das Doppelte hinzu von dem, was die Japaner schaffen können. Und wenn der Panamakanal eröffnet wird, haben sie den großen Vorteil, ihre ganze schwimmende Kriegsmacht in wenigen Tagen aus einem Ozean in den andern verlegen zu können. Demgegenüber müssen sich die Japaner sagen, daß sie noch entfernt nicht die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte haben, einen Kampf mit dem nordamerikanischen Riesen aufzunehmen. Gegen Rußland konnten sie Geld in England leihen. In einem Kampfe Japans gegen die Vereinigten Staaten wird sich der englische Geldmarkt vermutlich neutral verhalten, teils um nicht den Amerikanern Grund zur Klage zu geben, teils auch um nicht Hunderte von Millionen auf eine unsichere Karte zu setzen.

Trotz alledem traut die Regierung zu Washington dem Handel nicht. Als der Gegensatz zwischen Japan und Kalifornien nicht gleich zu regeln war, als man einsehen mußte, daß man es mit einer zähen Materie zu tun habe, entschloß man sich auch sofort, ernstere Vorkehrungen zu treffen. Was hatte man denn im Stillen Ozean an Streitkräften, um mit einem gewissen Gewicht aufzutreten, um nötigenfalls auch die Küsten zu schützen? Nur drei Panzerlinienschiffe waren dort: Oregon (gebaut 1893), Wisconsin (1898) und Nebraska (1904). Von diesen kann nur das letzte, ein Schiff von 16357 Tonnen, dem ersten Rang zugezählt werden. Ferner verfügte man dort über dreizehn Kreuzer, nämlich vier Panzerkreuzer, zwei Kreuzer erster Klasse, einen zweiter und sechs dritter Klasse. Aber diese sehr bescheidne Macht konnte man auch noch nicht einmal an der eignen Küste konzentrieren. Einige Kreuzer waren in den Philippinen unentbehrlich, andre vor der chinesischen Küste. Demgegenüber besitzt Japan, das alle seine Schiffe bei Hause halten kann, nach dem Nauticus Ende Mai folgende Seemacht: zwölf Panzerlinienschiffe fertig und vier im Bau; unter den Panzerlinienschiffen sind sechs ehemalige russische. Nur eins ist älter als 1894. Ferner zwei Panzerküstenschiffe, zehn fertige Panzerkreuzer (darunter einen ehemals russischen) und fünf im Bau; zwei große und dreizehn kleine geschützte Kreuzer (außerdem einen im Bau); vier kleine Kreuzer und ein Kanonenboot. Endlich 55 größere und einige kleinere Torpedoboote.

Das ist eine sehr ansehnliche Macht, bei der die Regierung zu Washington wohl der Gedanke an den Rat Oliver Cromwells beschlichen haben mag: Vertrauet auf Gott und haltet euer Pulver trocken. Man mußte doch auch mit der Möglichkeit rechnen, daß man sich in Japan irre. Und nun faßte Präsident Roosevelt den heroischen Entschluß, die ganze amerikanische Seemacht mit Ausnahme geringer Überbleibsel aus dem Atlantischen in den Stillen Ozean zu verlegen. Die Sache wurde durch einen Vertrauensbruch schon sehr frühzeitig bekannt und anfänglich verlegen in Abrede gestellt. Das war nur geeignet, die

Bedeutung des Entschlusses zu erhöhen. Bald genug mußte man ihn zugeben. Und nun suchte man nach einem plausibeln Erklärungsgrund. Der Präsident selbst betonte, daß die Reise nur Manöverzwecken dienen solle; die Flotte mache nicht genug Reisen auf weite Entfernungen, um so recht auszufinden, was ihr fehle. Sie bedürfe der Zeit und der Gelegenheit zu eingehenden Manövern. Offiziere und Mannschaft müßten sich aneinander gewöhnen; die Besatzungen müßten besser mit ihrem Schiff vertraut werden. Das Recht, die Flotte zu Manöverzwecken von einer Küste an die andre zu verlegen, könnte den Vereinigten Staaten nicht streitig gemacht werden (sicherlich nicht, es geschah auch nicht), andre Mächte täten dasselbe. Was der Präsident hier berührte, das machten Kritiker von außerhalb der Verwaltung mit noch viel größerer Schärfe geltend. Auch andre Dinge tadelte man bitter. Über Panzerplatten, Geschütze und Geschosse waren oft Klagen laut geworden; sie seien mangelhaft, geradezu betrügerisch geliefert, und durch Bestechung der Kontrollbeamten sei ihre Abnahme bewirkt worden. Mit den Besatzungen sei es mißlich bestellt. Amerikaner könne man nur in unzureichender Zahl erlangen, da sie lieber auf dem Lande blieben und dort weit mehr Geld verdienten. Man müsse sich mit Negern und Fremden behelfen; die Fremden seien die besten Elemente eben auch nicht, da diese im Heimatlande zu bleiben pflegen. Infolgedessen habe man einen beunruhigend hohen Prozentsatz von Desertationen. Die Manöver seien so unzureichend, daß sogar die Offiziere nicht gehörig herangebildet würden, vielmehr allzulange am Lande blieben und daher an nautischen Erfahrungen zurückstünden.

An allen diesen Bemängelungen ist manches wahr. Sie sind dem Präsidenten auch wohl eben nicht ungelegen gekommen. Er bemüht sich ja seit lange, die Augen seines Volks mehr auf die Notwendigkeit einer bessern Pflege der Marine zu lenken. Sie treffen auch mit den Vorwänden zusammen, die er der Flottenverlegung gibt. Es ist nun weiterhin sehr aufgefallen, daß die Flotte ihre Reise mit so wenig Gepränge und Posaunenschall vollzieht. Am 15. Dezember hat das Gros den Kriegshafen von Newport News am Südeingange der Chesapeakebai verlassen. Einen Monat später ist es in Rio de Janeiro angekommen. In der Zwischenzeit ist es nur in dem englischen Hafen Port of Spain in Trinidad eingelaufen, um Kohlen einzunehmen. Von unterwegs sind keine Meldungen eingetroffen, daß die Flotte gesichtet sei. Man nimmt an, daß der Geschwaderchef Admiral Evans absichtlich seitwärts ausgewichen sei, um nicht in dem gewöhnlichen Kurse der Handelsdampfer zu fahren und daher unbeobachtet seine Evolutionen und Übungen machen zu können. Dabei mag die Kohlenübernahme eine Rolle gespielt haben. Erst beinahe zwei Wochen später hat die Flotte Rio de Janeiro wieder verlassen.

Alle diese Dinge sind sehr beherzigenswert, sie erklären aber die Verlegung der ganzen Flotte aus den atlantischen Gewässern nach den pazifischen nicht. Der ganzen Flotte — das ist nahezu buchstäblich richtig. Zwei Panzerkreuzer, die beiden neusten und besten, verließen schon am 12. Oktober als Aufklärungs-

schiffe die Chesapeakebai. Es sind dies die Tennessee, gebaut 1904, und die Washington, gebaut 1905; jedes Schiff hat eine Wasserverdrängung von 15964 Tonnen, gleicht also etwa einem Panzerlinienschiff. Am 15. Dezember folgten sechzehn Panzerlinienschiffe und eine Division von sechs Torpedobootszerstörern. Wenn diese höchst bedeutende Seemacht in San Franzisko angekommen sein und sich mit den dort liegenden Schiffen vereinigt haben wird, so hat der Flottenchef unter seinem Befehl neunzehn Panzerschiffe, zwei Panzerkreuzer und sechs Torpedobootszerstörer. Von den oben erwähnten schon im Stillen Ozean (jedoch teilweise auf entlegnen Stationen) liegenden dreizehn Kreuzern ist dabei keiner mitgerechnet.

Den zwölf japanischen Panzerlinienschiffen haben die Amerikaner dann neunzehn gegenüberzustellen. Darin liegt die Überlegenheit der Amerikaner, denn in allem übrigen bleiben die Japaner stärker. Rechnen wir noch die schon im Pazifik vorhandenen vier Panzerkreuzer hinzu, so haben die Amerikaner sechs, die Japaner zehn. Die übrigen Kreuzer fallen wenig ins Gewicht. Auch den beiden japanischen Küstenpanzerschiffen stellen die Amerikaner nichts gegenüber, denn wiewohl sie deren sieben besitzen, so bleiben diese doch an der Ostküste. Die amerikanischen Torpedobootszerstörer sind größer als die meisten japanischen, aber ihrer sind nur sechs, Japan hat 55. Es ist unmöglich, im voraus zu sagen, wie weit die Größe auf der einen Seite die Zahl auf der andern wieder ausgleicht.

Vielmehr muß man anerkennen, daß die Vereinigten Staaten nicht gut weniger Schiffe nach ihrer Westküste senden konnten, wenn sie der japanischen Macht überlegen oder wenigstens gewachsen bleiben wollten. Aber Welch ein Entschluß, nahezu ihre ganze Seestreitmacht auf eine so weite Entfernung von dem vitalsten Punkte des zu verteidigenden Gebiets fortzuschicken. Von den 23 Panzerlinienschiffen, über die die Amerikaner verfügen, haben sie fortan neunzehn im Stillen Ozean. Nur die vier ältesten behalten sie daheim: Texas (gebaut 1892), Indiana (1893), Massachusetts (1893) und Iowa (1896). Im Pazifik ist nur ein älteres Schiff: Oregon (1893), man würde es jetzt wohl nicht hingeschickt haben, aber es war schon dort. Von den dreizehn Panzerkreuzern bleiben sieben dem Stillen Ozean fern; damit ist nicht gesagt, daß diese etwa Boston, Newyork, Savannah decken sollen. Sie sind mindestens teilweise auf Stationen in fremden atlantischen Gewässern, im Mittelmeer, im Indischen Ozean. Von den sechzehn Torpedobootszerstörern bleiben zehn daheim, außerdem zwanzig Torpedoboote und zwölf Unterseeboote. Sieben Schlachtschiffe haben die Amerikaner im Bau; von diesen sind drei nahezu vollendet, zwei sind eben erst begonnen und werden erst in achtzehn Monaten fertig sein.

Die Kriegsmacht, die die Amerikaner an ihrer atlantischen Küste behalten, ist so gering, daß kein anderer Schluß möglich ist, als daß sie jede Verwicklung mit einer europäischen Großmacht für ausgeschlossen halten. Wohl ist es wahr, daß nur England an jenen Küsten die Stationen besitzt, um seine dort eintreffenden Schiffe sicher mit Kohlen versorgen zu können; kein anderer Staat.

Aber mit einer so kleinen Flotte eine Küste von New-Orleans bis nach Boston decken zu wollen, das ist selbst unter dem Vortheil, daß der Feind die Schwierigkeit der Kohlenversorgung hat, eine nicht ernsthaft zu nehmende Idee. Die Fahrt von Hampton Roads nach Rio de Janeiro hat einen Monat gedauert. Demnach wird die ganze Reise nach San Franzisko drei Monate beanspruchen, vielleicht mehr, denn die Zeit für mehrmalige Kohlenübernahme kommt auch noch hinzu. Ausreise und Heimreise erfordern ein halbes Jahr — nein mehr, denn nach halbjähriger Fahrt ist es höchste Zeit, die Schiffe ins Trockendock zu bringen, damit der Boden gereinigt wird. Die Bewachung mit Muscheln und Tang verkümmert sonst die Geschwindigkeit zu sehr. Liegt die Flotte in San Franzisko, und will der Präsident sie an der atlantischen Küste verwenden, so vergehn mehr als drei Monate, ehe sie dort einen Schuß abfeuern kann. Mit andern Worten: für die praktische Verwendung an der Ostküste kommt die Flotte längere Zeit gar nicht in Frage. Präsident Roosevelt hat sich um ihre Schaffung alle erdenkliche Mühe gegeben. Um so ernster muß er den Anlaß ansehen, aus dem er die Verfügung über sie so lange Zeit aus der Hand gibt. Der Anlaß ist kein anderer als die beträchtliche See- und Landmacht Japans, die Dringlichkeit seiner Auswanderungspolitik, die Gedanken, die man sich in Washington über die Möglichkeit einer Verwicklung mit Japan macht. Die empfindlichen Punkte der amerikanischen Politik heißen heute San Franzisko, Honolulu, Manila.

Nachdem die Sache einmal aufgerollt ist, drängen sich natürlich viele Dinge in den Vordergrund, an die sonst kaum gedacht zu werden braucht. Jetzt reißt die amerikanische Flotte in schönster Ungeniertheit nach dem fernen Westen. Es herrscht ja tiefer Friede. Überall, wohin sie kommt, wird sie gern aufgenommen. Der Versorgung mit Kohlen steht nicht das kleinste völkerrechtliche Bedenken entgegen. Ohne alle Belästigung durch solche haben die nötigen Vorkehrungen getroffen werden können. Eine ganze Handelsflotte mit Kohlen ist abgesandt, um den nötigen Brennstoff bereit zu halten. Aber wie geht es im Kriege? Da ist die Frage der Gestattung der Kohlenübernahme in neutralen Häfen nicht so einfach. Namentlich die kleinen Staaten der Westküste dürften sich erinnern, daß Japan dann doch in der Lage sein könnte, einen Neutralitätsbruch zugunsten der Vereinigten Staaten zu ahnden. Leicht werden sie sich nicht entschließen. Eigne Stützpunkte haben die Nordamerikaner südlich von Florida nicht. Bei der Umschiffung der Südhälfte ihres Kontinents können sie nur auf Häfen unter fremder Herrschaft zurückgreifen. England ist viel besser daran. Es hat auf der Höhe der Chesapeakebai die Bermudasinseln, viele westindische Besitzungen, auf dem südamerikanischen Festlande Guayana, im Atlantischen Ozean St. Helena, Ascension und nahe vor der Südspitze des Festlandes die vielleicht noch einmal großer Bedeutung vorbehaltne Falklandinseln. Östlich von Südamerika haben beide Mächte nichts. Es liegt nahe, daß sich die Vereinigten Staaten bemühen, die Gelegenheit auszunutzen, um einige Stützpunkte zu erlangen. Sie stehen augenblicklich in glänzendem Prestige bei allen kleinern Staaten, zumal seit sie

ausziehen, um Amerika gegen Japan zu decken. Die alte Monroe'sche Doktrin gilt auch gegen Japan. Gegen die Einwanderung aus Japan richtet sich diese vorläufig nicht. Aber es ist doch unverkennbar, daß alle westamerikanischen Staaten von Chile bis Mexiko ihr ebenso ausgesetzt sind wie Kalifornien und Kanada. Keiner von ihnen kann sich gegen die mongolische Großmacht wehren, alle blicken nach Norden, woher allein der Schutz ihnen kommen kann. Ob aus dieser Lage das Verlangen nach Abtretung von Kohlenstationen, nach Flottenstützpunkten hervorgehen wird, muß eine nahe Zukunft lehren. Brasilien hat eine riesige Küste und manche geeignete Bucht, Argentinien in seinen patagonischen Ufern desgleichen. Vor allem kommt die Magelhaensstraße in Betracht. Hier herrscht Chile. Für Segelschiffe ist die Magelhaensstraße wegen ihrer Windungen wenig praktikabel, für Dampfer sehr. Zahlreiche Buchten eignen sich sehr gut zur Anlegung von Flottenstationen. Schwieriger wird die Sache an der Westküste, namentlich weiter nach Norden. Nördlich von Chile werden die Staaten kleiner, die Küstenstrecken kürzer. An vorliegenden Inseln kommen nur die zu Ecuador gehörenden Galapagosinseln in Betracht. Nördlich von Zentralamerika dehnt sich weithin die mexikanische Küste aus: ein heißes, dürres Gestade. Die lange Halbinsel von Niederkalifornien ist fast unfruchtbar. Nahe an ihrem Süden liegt die Magdalenenbai, eine Bucht, gebildet aus einem Einschnitt und mehreren vorliegenden Inseln, vortrefflich geschützt gegen Wind und Wetter, mit mehreren Ausgängen, also sehr geeignet zu einem Flottenstützpunkte, selbst zu einem Kriegshafen. Der politische Instinkt der Zeitungen hat die Magdalenenbucht sofort als einen Zukunftshafen der Vereinigten Staaten bezeichnet. Man werde ihn von Mexiko erwerben. An Dementis hat es nicht gefehlt. Was daraus wird, muß die Zeit lehren.

Die ganzen Verhältnisse werden sich von Grund aus umgestalten, wenn der Panamakanal fertig wird. Die neue interozeanische Wasserstraße wird, nachdem England sein Anrecht um der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten willen aufgegeben hat, ein ausschließlich nordamerikanisches Unternehmen sein. Die ganze Republik Panama ist nur ein kleiner Segling der Vereinigten Staaten. Diese werden dann weniger Tage als jetzt Wochen gebrauchen, um ihre Seemacht aus dem einen Ozean in den andern zu werfen. Colon auf dieser und Panama auf jener Seite werden besetzte Punkte für die nordamerikanische Flotte sein, vielleicht mehr oder weniger Kriegshäfen. Das Gleichgewicht verschiebt sich dann sehr zum Nachteil Japans. Man hat oft die Frage aufgeworfen, ob Japan einen solchen Umschwung abwarten werde, oder ob es dem Gegner zuvorkommen werde wie in Ostasien, wo es lieber den sofortigen Krieg entfesselte als die Vollenbung der sibirischen Bahn abwartete.

Bremen

Emil Fitger

